

# Innerpolitische Krisenstimmung.

Allem Anscheine nach hat sich in den letzten Wochen eine recht beträchtliche Menge innerpolitischer Zündstoffe angehäuft, die voraussichtlich jetzt beim Zusammentritt des Reichstages zur Entladung kommen wird. In den Wandelhallen des Reichstages herrschte in diesen Tagen allgemeine Nervosität und Erregung. Die Abgeordneten gebärdeten sich außerordentlich lebhaft und ließen eine Unruhe erkennen, die sonst beim Beginn der Tagungen nach der großen Sommerpause im allgemeinen nicht beobachtet wurde.

Nach der Aussprache über den Ruhrstreikenskonflikt soll voraussichtlich bereits morgen über

## die sozialdemokratische Vorlage gegen den Panzerkreuzerbau

beraten und abgestimmt werden. Nach allem, was wir bisher hierüber hörten, wird auch in dieser Frage die Debatte sehr lebhaft werden. Man glaubt, daß der sozialdemokratische Antrag mit knapper Mehrheit abgelehnt werden wird, aber natürlich sind taktische Ueberlegungen auch hierbei nicht ausgeschlossen. Es ist zu erwarten, daß, wenn es tatsächlich zu einer Annahme des sozialdemokratischen Antrages kommt, Reichswehrminister Groener seinen Abschied nehmen will. Es wäre demnach unter Umständen sogar mit einer Kabinettkrise zu rechnen. Andererseits, das heißt, wenn der sozialdemokratische Antrag eine Ablehnung findet, steht zu befürchten, daß es zu weiteren Komplikationen kommt. In sonst allgemein gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen wird sogar behauptet, daß dann eine Reichstagsauflösung nicht ganz außer Frage stünde.

## Reichswehrminister Groener droht mit Rücktritt.

Im Reichstag beschäftigte man sich gestern in den neben der Debatte im Plenarsaal hergehenden Gesprächen in der Hauptsache mit den Fragen, die in den kommenden Tagen erörtert werden. Im Vordergrund des Interesses stand der Panzerkreuzer, zumal das Reichskabinett sich erneut mit dieser Frage eingehend beschäftigt hatte.

Der Reichswehrminister hatte mit einer Reihe von Parteiführern des Reichstages Unterredungen, in denen er erklärte, daß er nicht nur aus Gründen des Prestiges, sondern auch aus sachlichen Gründen unbedingt an dem Bau des Panzerkreuzers festhalte. Er würde, falls der sozialdemokratische Antrag Annahme findet und damit die Einstellung des Baues beschlossene werde, daraus die Konsequenzen ziehen und seine Demission einreichen. Es würde sich jedoch nicht nur um eine formale Demission handeln, sondern er würde eine Wiederernennung zum Reichswehrminister unter allen Umständen ablehnen.

## Bemerkenswerte Äußerungen Briands zur Reparations- und Räumungsfrage.

Paris, 14. November. Die erste Nummer der neu erschienenen französischen Wochenzeitschrift „Griquoire“ veröffentlicht eine bemerkenswerte Unterredung mit Briand, worin er sich über seine Politik in den letzten beiden Jahren äußerte. Briand betonte, daß es im Vertrag von Versailles zwei Punkte gebe, die die französischen Beziehungen zu Deutschland schwierig gestalten. Deutschland habe das Recht, in jedem Augenblick bezüglich seiner Reparationszahlungen zu verlangen, daß man auf neue den genauen Stand seiner Einnahmequellen prüfe, die ihm eine Zahlung oder Nichtzahlung erlauben. Andererseits könne es behaupten, daß es nach der treuen Ausführung der Vertragsbedingungen als Gegenleistung die vorzeitige Räumung des Rheinlandes beanspruche. Er habe immer gewollt, so fuhr Briand fort, und er wolle noch weiter, diesen vorläufigen Zustand, wodurch alles jederzeit in Frage gestellt werden könne, durch etwas Endgültiges ersetzen. Dieses Ziel habe er verfolgt und verfolge es weiter, überzeugt, daß eine Entspannung in den deutsch-französischen Beziehungen, die bald von einer Annäherung gefolgt würde, das einzige Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens, der Ruhe Europas und man könne sogar sagen der Zivilisation sei. Zur Anschlussfrage erklärte Briand, Deutschland sei nicht einmütig in dem Wunsche, den Anschluss zu verlangen. Im Augenblick gebe es in jeder Hinsicht keine unmittelbare Gefahr. Der Anschluss sei nicht für morgen, Frankreich habe übrigens, um ihn zu verhindern, Trümpfe in der Hand und werde nicht zögern, sie zu benutzen.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 13. November.

Das Haus legt die Aussprache über die Interpellation zur Aussperrung in Norddeutschland fort.

Abg. Brandes (Soa.) erklärt, der Schiedspruch habe bei weitem nicht die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt. Er sei von den Arbeitern nur angenommen worden, um die unheilvolle Wirkung eines schweren Lohnkampfes auf das Wirtschaftsleben zu vermeiden. Die Arbeitgeber hätten diese Rücksicht nicht genommen, sondern mit ihrer Aussperrung tatsächlich den Generalangriff gegen das staatliche Schlichtungswesen begonnen. Seine Fraktion beantrage, die notwendigerweise den Aussperrten zu zahlende Unterstützung von den Unternehmern wieder einzuziehen. Eine Aenderung des Schlichtungswesens würde gegenwärtig eine Förderung des Planes der Unternehmer bedeuten. Die Sozialdemokratie behalte sich vor, beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums die Einrichtung eines Selbstverwaltungskörpers zur Kontrolle der Eisenwirtschaft

Dem Kabinett hat der Reichswehrminister eine ausführliche Denkschrift überreicht, in der die sachlichen und militärischen Notwendigkeiten des Panzerkreuzerbaues eingehend dargelegt werden. In der Denkschrift wird auch bereits darauf hingewiesen, daß schon für 32 Millionen Mark Bestellungen aufgegeben worden sind und daß bereits mehr als sechs Millionen Mark bezahlt wurden. Bewilligt sind bisher bekanntlich nur neun Millionen Mark als erste Rate. Nach der Haushaltsordnung glaubt sich das Reichswehrministerium berechtigt, über diese Millionen hinaus Bestellungen aufzugeben. Von einzelnen Parteien wird dieser Standpunkt angefochten.

## Die Haltung des Reichskanzlers.

Berlin, 14. November. Wie der „Vorwärts“ meldet, berichtete Reichskanzler Müller nach dem Empfang durch den Reichspräsidenten und nach einer Unterredung mit Reichswehrminister Groener einem engen Kreis von Politikern über die beiden Unterredungen. Auf Grund dieses Berichtes stellt der „Vorwärts“ fest, daß sich der Reichspräsident mit sehr großer Entschiedenheit für den Bau des Panzerkreuzers eingesetzt habe und daß Reichswehrminister Groener mit seinem Rücktritt gedroht habe, falls der bekannte sozialdemokratische Antrag in der Panzerkreuzerfrage eine Mehrheit finde. Dagegen entspreche es nicht den Tatsachen, daß der Reichswehrminister auch für den Fall mit dem Rücktritt gedroht habe, falls der Reichskanzler mit seiner Fraktion gegen den Panzerkreuzer stimme. Eine gewisse Verschärfung der Lage sei auch durch das Bekanntwerden der Nachricht entstanden, daß der Reichswehrminister bereits Aufträge in Höhe von 32,3 Millionen Mark erteilt habe. Normalerweise möge der Reichswehrminister durch den § 24 der Reichshaushaltsordnung gedeckt sein, politisch betrachtet sehe die Sache aber anders aus. Die Sozialdemokratie werde ihren Versuch, den Beschluß des alten Reichstages durch einen Beschluß des neuen Reichstages wieder aufzuheben zu lassen, fortsetzen. Die vorerwähnten Aufträge könnten dabei kein Hindernis bilden. Nach Auffassung des „Vorwärts“ würde die vernünftige Lösung aller Schwierigkeiten darin bestehen, daß jeder Abgeordnete und Minister einfach nach seiner Ueberzeugung stimme und daß sich dann alle der Entscheidung des Reichstages fügen.

## Heute Kabinettsitzung über die Panzerkreuzerfrage.

Berlin, 14. November. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Müller trat das Reichskabinett heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der allgemeinen politischen Lage zu beschäftigen. Im Mittelpunkt der Sitzung steht die Frage des Panzerkreuzerbaues.

zu beantragen. Wenn die Unternehmerschaft den Kampf fortführe, würde auch eine Suspendierung der Eisenölle zu erwägen sein. Auch die Verfassungsbestimmung könnte herangezogen werden, daß bei Mißbrauch eine Enteignung der Betriebe erfolgen kann.

Abg. von Lindener-Wildau (Dntl.) ist der Auffassung, daß der bisherige Verlauf der Aussprache der großen und lebenswichtigen Bedeutung des Kampfes nicht voll entspreche. Man dürfe die Probleme nicht nur unter dem engen Rahmen des akuten Anlasses betrachten. Es sei auch zu bezweifeln, ob unter dem Druck des Kampfes der Reichstag nach parteipolitischen Gesichtspunkten überhaupt sachlich Stellung nehmen könne. Selbst die zurückhaltende Art, in der sich der Minister



Eine Retordleistung im Auslande auf einer deutschen Schreibmaschine.

Frl. Olga Fischer, Berlin, wurde gelegentlich des internationalen Schreibmaschinenwettstreitens in Paris im Oktober 1928 Siegerin in der Hauptabteilung „courter du parfait“ (einwandfreie Korrespondenzaufnahme und Wiedergabe). Es wurde während einer Dauer von 15 Minuten eine Schreibleistung von sieben Briefen normalen Umfangs nebst Kopien und der Anfertigung der dazugehörigen Briefumschläge verlangt. Der von Frl. Fischer in dieser Abteilung auf einer deutschen Schreibmaschine errungene erste Preis war seit 15 Jahren von Frankreich mit Erfolg verteidigt worden und ist nunmehr zum ersten Male nach Deutschland gefallen. Die Retordleistung ist auf einer AEG-Schreibmaschine ausgeführt worden.

gestern äußerte, zeigt, daß ein solcher Versuch schon den Eindruck erwecken könnte, als ob auf die freie Rechtsbildung des Arbeitsgerichts ein unzulässiger Druck ausgeübt werden soll. Das bedenklichste bleibt aber, daß die letzte Instanz — der Reichsarbeitsminister — die Unparteilichkeit nicht in Anspruch nehmen kann, weil unsere Ministerposten nach politischen Gesichtspunkten verteilt werden. Die Reichsregierung müsse den Mut aufbringen, die Wahrheit unserer wirtschaftlichen Lage zu sehen und auch auszusprechen, besonders weil diese schmerzlichen politischen Auseinandersetzungen vielleicht den Auftakt zu großen außenpolitischen Fragen, die einer Lösung entgegengeführt werden sollen, bilden könnten, insbesondere zur Frage der Regelung des Dawesvertrages.

## Reichsarbeitsminister Wisell

erwiderte dem Vorredner, daß es das Reichsarbeitsministerium keineswegs abgelehnt hätte, das Material der Unternehmer, in dem sie die schwere Lage ihrer Industrie dargelegt hätten, anzunehmen. Was die Prüfung für mich ergeben hat, so erklärte der Minister, sehen Sie aus der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches. Wenn der Vorredner weiter betont hätte, daß seine — des Ministers — ausführlichen Darlegungen über die Rechtslage vielleicht darauf zurückgeführt werden könnten, daß eine vorbereitete Erklärung vorgelegen habe, so müße darauf hingewiesen werden, daß es notwendig gewesen sei, eine solche Erklärung bei ihrer Bedeutung sehr genau zu überlegen, um nicht etwa ungewollt Verständigungsmöglichkeiten zwischen den Parteien zu zerstören. Das habe ihn aber auch nicht daran gehindert, Änderungen und Ergänzungen vorzunehmen, wie sie sich durch den kurz vorher mitgeteilten Schiedspruch als notwendig herausgestellt hätten. Es habe ferner auch nicht die Absicht vorgelegen, auf die freie Rechtsbildung irgendwie einzuwirken, denn es sei doch ganz ausgeschlossen, daß sich ein oberstes Gericht durch die Meinung irgendeiner anderen Person an der objektiven Urteilsfindung hindern lassen könnte. Nicht die Verbindlichkeitsklärung habe den Zwist herbeigeführt, sondern die Aussperrung. Der Minister verweist zum Schluß auf die inzwischen begonnenen Vermittlungsverhandlungen und betont erneut, daß eine Verständigung durchaus möglich sei, ohne der Entscheidung der Rechtsfragen damit vorzugreifen.

Abg. Waldenhaner (DVP.) wendet sich gegen die Behauptung, daß die Löhne anderer Industriegebiete wesentlich höher sind. Eine Lohnerhöhung in der Eisenindustrie würde eine Lohnwelle im ganzen Wirtschaftsgebiet nach sich ziehen, deren Folgen Preissteigerung, Rückgang der Ausfuhr und Einschränkung der Arbeitsgelegenheit sein würden. Der Redner begrüßte es, daß nach dem gestrigen Urteil die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen gegeben sei und spricht die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen zu einem Erfolge führen. Den Anträgen auf Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an die Aussperrten müsse die Deutsche Volkspartei widersprechen.

Abg. Colloffer (Wirtschaftspartei) spricht den dringenden Wunsch aus, daß alle Wege und Mittel ergriffen werden, um den Wirtschaftskampf sobald wie möglich zu beenden. Auch der gewerbliche Mittelstand werde davon empfindlich betroffen. Die Wirtschaftspartei sehe in der Großindustrie ihren geborenen Gegner, sei aber andererseits auch der Meinung, daß durch schematische Lohnerhöhungen die notwendige Besserstellung der Arbeiter nicht erreicht werde. Der Redner fordert Senkung der öffentlichen Lasten, um so den Lebensstandard heben zu können. Die vorliegenden Anträge werde die Wirtschaftspartei ablehnen, weil sie nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen wolle.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) gibt zu, daß die Arbeitsbedingungen der Eisenindustrie durch die Kriegsfolgen erheblich verschlechtert wurden. Aber dafür sei nicht die Lohnhöhe verantwortlich zu machen, sondern neben der Zinsenlast die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, die der Industrie die Produktionsbedingungen und der breiten Masse die Lebenshaltung verteuert habe. Eine gründliche Abkehr von dieser Wirtschaftspolitik sei notwendig. In jedem Falle war aber die Aussperrung ein schwerer Fehler. Der Redner unterstützt den Antrag auf Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an die Aussperrten. Auch die mittelbar durch die Aussperrung geschädigten Angestellten müßten unterstützt werden. Der Redner richtet an die Reichsregierung die Aufforderung, in dieser Richtung alles zu tun, was möglich ist.

Abg. Schwarz (Bayrische Volksp.) bedauert, daß die Staatsmittel nicht ausreichten, um diese Aussperrung unmöglich zu machen. Trotz der ungünstigen Lage der deutschen Gesamtwirtschaft sei gerade die Eisenindustrie in der Lage, die Lohnerhöhung zu tragen. Nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen müsse künftig solchen Kämpfen vorgebeugt werden. Das Schlichtungswesen sei reformbedürftig. Der Redner hat zu den maßgebenden Persönlichkeiten das Vertrauen, daß sie alles tun werden, um den Kampf möglichst bald zu beenden.

## Der Entwurf des Stahlhelms Volksbegehrens.

Auf einer großen Versammlung aus Anlaß des zehnten Gründungstages des Stahlhelms in Magdeburg hielt der Erste Bundesführer, Seidte, eine programmathe Rede, in der er u. a. auch den Entwurf des Volksbegehrens mitteilte, den der Stahlhelm dem Reichsausschuß für das Volksbegehren zuleiten wird. Der Wortlaut ist folgender:

1. Der Artikel 54 der Reichsverfassung, der lautet: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht“, wird aufgehoben.  
2. Der Artikel 37 der Reichsverfassung, betr. die Immunität der Abgeordneten, erhält als Absatz folgenden